

HANDELSBLATT, Montag, 15. Oktober 2007, 11:00 Uhr

Zum Verhältnis von Bildungsökonomien und Politik

Bitte zuhören!

Von Dorit Hess

Bildung galt lange Zeit als eine Domäne von Geisteswissenschaftlern, die über das Thema philosophierten. Doch auch Ökonomen haben dazu viel zu sagen. Die Politik aber interessiert sich kaum für ihre Erkenntnisse - und hält an einer ideologisch geprägten Bildungspolitik fest.



Was macht gute Schulen aus? Ökonomen liefern Antworten.

Warum nicht einen Lehrling teilen? Gerade kleine Unternehmen, denen ein eigener Auszubildender eigentlich zu teuer ist, könnten so kostensparend Nachwuchs heranziehen – wenn sie sich mit anderen Firmen zusammenschließen und den Auszubildenden nach einem Jahr an einen Partnerbetrieb weitergeben. Dann gäbe es mehr Ausbildungsplätze. Denn: „Die betrieblichen Kosten und Nutzen der Ausbildung sind ein zentraler Grund für die mangelnde Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen“, sagt Stefan Wolter, Bildungsökonom an der Uni Bern.

» **Neue Trends in VWL und BWL** – der Ökonomie-Newsletter bringt sie einmal pro Woche auf den neuesten Stand

Unkonventionelle Ideen wie diese haben Ende vergangener Woche mehr als 800 Ökonomen auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in München diskutiert – das Thema „Bildung und Innovation“ stand im Mittelpunkt des Volkswirte-Kongresses.

„Seit der ersten Pisa-Studie erlebt die Bildungsökonomie einen riesigen Boom“, sagt der Münchener Bildungsforscher Ludger Wößmann, der die Tagung inhaltlich vorbereitete. Interesse hatten die Wissenschaftler zwar auch zuvor – aber kaum Daten.

„Die Zugangsmöglichkeiten haben sich in den letzten Jahren deutlich verbessert, noch immer wird uns aber der Zugriff auf wichtige Statistiken verwehrt“, klagt Wößmann. Bildungspolitikern schrecken noch immer davor zurück, ihre Ideen und Handlungen wissenschaftlich evaluieren zu lassen. „Politiker schauen nach Mehrheiten und haben kein Interesse, ihre Bildungspolitik überprüfen zu lassen.“ Ein Beleg für seine These: Einen Bundesländervergleich wird es nach einem Beschluss der Kultusministerkonferenz ab dem nächsten Pisa-Test nicht mehr geben – erst recht keine Schulvergleiche. Dabei sind sich Bildungsforscher international einig, dass mehr Wettbewerb und Autonomie der Schulen ihre Qualität erheblich steigern.

„Leute, die über Bildung entscheiden, glauben nicht an den Markt“,

klagt der Berner Bildungsforscher Wolter. „Anreize“, das sei ein Fremdwort. Wößmann betont: „Früher wurde Bildungsforschung als reine Geisteswissenschaft angesehen, über die man philosophieren kann.“ Tatsächlich aber lasse sich der Erfolg von Bildungspolitik wissenschaftlich valide evaluieren – genauso wie bei der Arbeitsmarktpolitik.

Unbestritten ist unter BildungsökonomInnen inzwischen, dass Innovationen ein wichtiger Motor sind für dauerhaftes Wirtschaftswachstum – und dass dafür hochwertige Bildung eine Grundvoraussetzung ist.

Einige naheliegende Schlussfolgerungen daraus jedoch sind in der Bildungspolitik noch nicht angekommen. Wer Innovationspotenzial hat, kann es zum Beispiel in Deutschland nicht unbedingt nutzen – weil die Kommerzialisierung neuer Ideen schwierig ist, da es an Wagniskapital für Gründer mangelt. Diese These vertrat Dietmar Harhoff von der Münchener Ludwig-Maximilians-Universität. Dadurch habe Deutschland mehrere wichtige Technologie-Generationen verschlafen. Um das zu ändern, müssten die Rahmenbedingungen für Wagniskapital verbessert werden. Harhoff: „Die sind alles andere als exzellent.“

Es reicht keineswegs, mehr Geld in das Bildungssystem zu pumpen – darin waren sich die Ökonomen einig. Nicht die Quantität der Bildungsabschlüsse wirkt sich auf das individuelle Einkommen und das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft aus, sondern die Qualität, betonte Eric Hanushek von der Stanford University auf der Münchener Tagung. Eine höhere Bildungsqualität lasse sich nicht durch höhere Ausgaben erkaufen. Damit sich Investitionen auszahlen, müssten die Schulsysteme grundlegend geändert werden. Schulautonomie, Rechenschaftssysteme, Wahlfreiheit für die Eltern – das steigert laut Hanushek die Leistungsanreize.

Die Strukturen des Bildungswesens sind bei weitem nicht die einzige Sorge der Ökonomen. So sei die Ausbildung „stark verbandsorientiert“, klagt der Berner Professor Wolter. Da müsse man als Ökonom immer wieder Klinken putzen, um zu überzeugen. „Wenn wir empirisch argumentieren, haben wir die Daten auf unserer Seite“, sagt Wolter. Solange die Wissenschaftler über die aber nicht zu Genüge verfügen, reicht das nicht. „Genau deswegen müssen wir nicht nur die Politik von unseren Erkenntnissen überzeugen – sondern die gesamte Öffentlichkeit“, so Wößmann.

Informationen zur Zeitverzögerung und Nutzungshinweise:

Die in Handelsblatt.com veröffentlichten Artikel, Daten und Prognosen sind mit größter Sorgfalt recherchiert. Nachrichten und Artikel beruhen teilweise auf Meldungen der Nachrichtenagenturen AP, dpa, sid, Reuters und Dow Jones. Dennoch können weder die Verlagsgruppe Handelsblatt, noch deren Lieferanten für die Richtigkeit eine Gewähr übernehmen. Das Handelsblatt weist ausdrücklich darauf hin, dass die veröffentlichten Artikel, Daten und Prognosen keine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder Rechten darstellen. Sie ersetzen auch nicht eine fachliche Beratung. Die Verlagsgruppe Handelsblatt versichert zudem, dass persönliche Kundendaten mit größter Sorgfalt behandelt und nicht ohne Zustimmung der Betroffenen an Dritte weitergegeben werden. Alle Rechte vorbehalten.

Währungsdaten sowie die Kurse von Lang & Schwarz werden soweit technisch möglich ohne Zeitverzögerung angeboten. Andere Börsenkurse werden zeitverzögert um mindestens folgende Zeitspannen angezeigt: Deutsche Börse AG 15 Min., Börse Stuttgart AG 15 Min., AMEX 20 Min., NASDAQ 15 Min., NYSE 20 Min.

Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung des Verlages ist untersagt.

All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.

